

I4 Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit – für Integration und Ordnung

Gremium: Landesvorstand, LAG Integration, Flucht,
Migration, Kreisverband Fürstfeldbruck,
Daniel Günthör, Thorsten Kellermann,
Manuela Rottmann, Johannes Rückerl,
Jamila Schäfer, Sandra Smolka

Beschlussdatum: 18.10.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

1 Bündnis 90/Die Grünen sind die Partei des Rechtsstaats und der Menschenrechte.

2 Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Respekt und ein Recht
3 auf gleiche Chancen.

4 Deshalb ist das Grundrecht auf Asyl unverhandelbar!

5 Bündnis 90/Die Grünen sind in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei, die
6 früher als alle anderen Parteien die Realität des Einwanderungslandes
7 Deutschland anerkannt und daraus politische Maßnahmen abgeleitet hat. Wir
8 wissen, dass die Integration dafür der wichtigste Baustein ist.

9 Integration gelingt nur im Zusammenspiel: wir als aufnehmende Gesellschaft
10 müssen Integration ermöglichen und die zu uns kommenden Menschen müssen sich
11 auch integrieren wollen!

12 Wir brauchen jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu versorgenden
13 Geflüchteten auf einem für die Integration leistbaren Niveau. Notunterkünfte
14 sind weder für die Gesellschaft noch für die Geflüchteten eine wünschenswerte
15 Situation.

16 Wir sehen sehr deutlich:

- 17 • Hohe Flüchtlingszahlen sind eine Herausforderung, mit der die Kommunen
18 nicht allein gelassen werden dürfen. Viele Kommunen sind am Rande der
19 Belastungsgrenze angekommen. Sie können die Unterbringung und die
20 Bereitstellung der Infrastruktur mit Schulen, Kita-Plätzen, Integrations-
21 und Sprachkursen und von Wohnraum nicht mehr leisten. Polizei, Behörden,

22 Schulen, Kitas und vor allem die Ehrenamtlichen sind oftmals überlastet.

- 23 • Die Bedrohungslage in Bezug auf Terrorgefahr durch Rechtsextremismus,
24 Islamismus und Radikalisierungstendenzen war selten so hoch wie jetzt.
- 25 • Wenn wir weiterhin eine offene Gesellschaft bleiben wollen, müssen wir
26 wehrhaft sein gegen diejenigen, die unsere demokratischen Werte bekämpfen.
27 Wir wollen auch diejenigen vor Extremismus schützen, die in unserem Land
28 Zuflucht suchen.

29 Aber aktuell ist die Migrationsdebatte in Deutschland aus den Fugen geraten.

30 Abschaffung des Asylrechts, „Remigrationspläne“, Obergrenzen, Einreiseverbot für
31 bestimmte Bevölkerungsgruppen – das sind rechtswidrige Forderungen und es ist an
32 der Zeit, die Debatte mit Realismus und Sachlichkeit zu führen.

33 Finanzielle und personelle Investitionen in zielführende Integrationsmaßnahmen
34 senken mittelfristig die staatlichen Kosten. Eine effektive, gerechte,
35 menschliche und ganzheitliche Integrationspolitik ist die beste Prävention vor
36 Radikalisierung und Kriminalität und trägt zudem zum Wohlstand und zum sozialen
37 Frieden unserer Gesellschaft bei – denn Deutschland braucht dringend Arbeits-
38 und Fachkräfte!

39 Menschen mit Fluchthintergrund sind als Pfleger*innen, Gastwirte,
40 Reinigungskräfte, IT-Kräfte oder Ärzt*innen, als Menschen in unserer Mitte nicht
41 mehr wegzudenken. Sie gehören zu Deutschland und sind ein Gewinn für uns alle.

42 **Unsere Forderungen:**

43 **Verfahren beschleunigen:**

44 Es braucht mehr Ressourcen bei den Ausländerbehörden sowie in der Justiz, damit
45 Verfahren beschleunigt und effektiver werden. Das Ausländer- und Asylrecht muss
46 weiter vereinfacht und entbürokratisiert werden. Dazu braucht es eine bessere
47 Zusammenarbeit und eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern.

48 **Wir fordern gleichmäßige Verteilung:**

49 Die dezentrale Unterbringung ist immer zu bevorzugen. Aber immer wieder kommt es
50 vor, dass kleine Kommunen mit übergroßen Gemeinschaftsunterkünften konfrontiert
51 werden. Wir setzen uns ein für ein Verteilungsverfahren, das sich an den
52 individuellen Bedarfen und den Ressourcen der Kommune orientiert. Das schafft
53 sofortige Abhilfe gegen Überforderung.

54 **Integration als kommunale Daueraufgabe verlässlich finanzieren**

55 Integration ist eine Daueraufgabe für unsere Kommunen, kein Projekt. Dafür
56 braucht es eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung aus Steuermitteln für
57 alle Kommunen, um auf die örtliche Situation angepasste Integrationskonzepte zu
58 erstellen und umzusetzen. Dies wird der Integration Geflüchteter dienen, es wird
59 aber auch die Attraktivität unsere Gemeinden für Arbeitsmigration verbessern.
60 Die Anzahl der hauptamtlichen Integrationsberater*Innen muss bedarfsgerecht
61 erhöht werden, um die Ehrenamtlichen von Routineaufgaben zu entlasten.
62 Überwiegend befristete Anstellungsverhältnisse müssen ersetzt werden durch einen
63 dauerhaften personellen Grundstock für Integrationsaufgaben.

64 Klare Vorgaben wie einheitliche Integrations- und Wohnkonzepte und feste
65 Standards zu Sprachkursen, Personalschlüsseln, usw. sorgen für mehr
66 Planungssicherheit und eine flächendeckende Kontinuität in der
67 Integrationspolitik. Perspektivisch wollen wir Integration als eine der
68 kommunalen Pflichtaufgaben in Bayern verankern.

69 *****

70 **VARIANTE 1**

71 **Behörden entlasten und Diskriminierung beenden: Bayerische Bezahlkarte nach dem** 72 **Hannover-Modell in eine „Social Card“ umwandeln**

73 Sowohl die Beschlüsse des Deutschen Städtetags (26. September 2024) und der
74 Datenschutzaufsichtsbehörde der Länder (Beschluss vom 19.08.2024) als auch zwei
75 Urteile der Sozialgerichte in Hamburg und Nürnberg und machen deutlich, dass die
76 pauschale Beschränkung des Bargeldguthabens bei Bezahlkarten für Asylsuchende
77 auf 50 Euro als zu starr angesehen bzw. als nicht rechtmäßig erklärt werden.

78 Die Bezahlkarte in Bayern – mit der Möglichkeit, höchstens 50 Euro Bargeld pro
79 Monat zur Verfügung zu haben und der Einsatzbeschränkung auf einzelne Landkreise
80 – behindert die gesellschaftliche Teilhabe und Integration von
81 Asylbewerber*innen und Geflüchteten, indem sie deren Handlungsspielräume unnötig
82 einschränkt und gefährdet ein menschenwürdiges Existenzminimum. Für jede
83 außergewöhnliche Ausgabe (Vereinsbeitrag, Anwaltskosten, ein gebrauchtes
84 Fahrrad, usw.) muss bei den Verwaltungsmitarbeiter*innen persönlich
85 vorgesprochen werden. Die daraus resultierenden, verpflichtenden
86 Einzelfallprüfungen bedeuten einen enormen bürokratischen Mehraufwand und
87 belasten zusätzlich das ohnehin schon oft am Limit arbeitende
88 Verwaltungspersonal. Als sinnvoll erachten wir eine Umwidmung der bayerischen
89 Bezahlkarte in eine so genannte „Social Card“, die bewusst auf eine
90 Bargeldbeschränkung und auf eine Beschränkung auf einzelne Landkreise
91

92 verzichtet. In der Stadt Hannover hat die bereits Ende 2023 umgesetzte
93 Einführung einer solchen Social Card erheblich zu einer Entlastung der
94 zuständigen Behörde beigetragen und dazu geführt, dass sechs Mitarbeitende des
95 Fachbereichs Soziales nun zusätzlich in anderen Aufgabenbereichen eingesetzt
werden können.

96 **ODER**

97 **VARIANTE 2**

98 **Bezahlkarte – rechtssicher und unbürokratisch**

99 Das derzeitige bayerische Modell Bezahlkarte ist kompliziert, teuer und
100 verschärft die Belastung der Verwaltungen. Wir wollen es ablösen durch ein
101 rechtssicheres Modell.

102 *********

103 **Schnelle Integration in den Arbeitsmarkt**

104 Es war richtig, dass die Bundesregierung den Zugang Geflüchteter in Arbeit
105 beschleunigt hat. Hier fordern wir weitere Erleichterungen, Unterstützungen,
106 Anreize und vor allem den Abbau von Bürokratie. Diese Anreize können auch
107 Angebote zu gemeinnütziger Arbeit (Arbeitsgelegenheiten) als ersten Schritt in
108 die Arbeitsmarktintegration umfassen, sofern die Kommunen und öffentliche
109 Institutionen dies mit vertretbarem Aufwand leisten können und wollen.

110 Angebotene Sprachkurse in Unternehmen sollen staatlich gefördert werden. Hier
111 möchten wir vor allem das Handwerk und den Mittelstand unterstützen, die jetzt
112 schon unglaublich viel für eine gute Arbeitsmarktintegration leisten.

113 Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen uns selber für ihren Lebensunterhalt
114 sorgen, dürfen nicht mehr abgeschoben werden.

115 Wer hier arbeitet, studiert oder eine Ausbildung macht, soll bleiben dürfen.

116 Keine Abschiebungen von Menschen, die einen Arbeits- bzw. Ausbildungsvertrag
117 haben.

118 **Mehr Personal in Schulen und Kindertagesstätten**

119 Schulen und Kitas müssen personell so ausgestattet werden, dass sie die
120 Integrationsaufgaben auch wirklich leisten können.

121 Für viele anfallende Tätigkeiten (Essen zubereiten, Vorlesen, sportliche und
122 kreative Tätigkeiten) braucht es nicht zwingend pädagogisches Personal, hier
123 könnten Quereinsteiger*innen zur unmittelbaren Entlastung von Lehrer*innen und
124 Erzieher*innen beitragen.

125 **Den Rechtsstaat durchsetzen**

126 Die Genfer Flüchtlingskonvention, Art. 33, Abs.2, legt fest: „Auf die
127 Vergünstigung dieser Vorschrift (Verbot der Ausweisung und Zurückweisung) kann
128 sich jedoch ein Flüchtling nicht berufen, der aus schwerwiegenden Gründen als
129 eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem er sich
130 befindet, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit dieses Staates bedeutet,
131 weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren Vergehens
132 rechtskräftig verurteilt wurde“

133 Die frühzeitige und entschlossene Abschiebung von Gefährdern und Straftätern
134 ist richtig und notwendig, soweit dem nicht unsere eigenen Sicherheitsinteressen
135 entgegenstehen. Die von der Bundesregierung ermöglichten
136 Abschiebungserleichterungen müssen vor allem für die Beschleunigung der
137 Abschiebung dieser Personen genutzt werden, ohne dabei Terrorregimes
138 aufzuwerten. Wer stattdessen gut integrierte
139 Menschen ins Visier nimmt, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, nur
140 um seine Statistik zu füllen, leistet der inneren Sicherheit und der Integration
141 einen Bärendienst. Der Zugang zu Rechtsschutz und gerichtlicher Überprüfung ist
142 Kern unseres Rechtsstaats.

143 *****

144 **VARIANTE 1**

145 Das gilt selbstverständlich auch für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von
146 Abschiebungen.

147 **ODER**

148 **VARIANTE 2**

149 Das gilt selbstverständlich auch für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von
150 drohenden Abschiebungen durch Widerspruchsmöglichkeiten und Urteile, bevor eine
151 Rückführung vollzogen wird.

152 *****

153 Die Bundesregierung hat den Wechsel vom Asyl- ins Aufenthaltsrecht erleichtert
154 für Menschen, die gut integriert sind und sich selbst versorgen können. Wir
155 wollen Arbeitsmigration weiter erleichtern und von der Asylmigration stärker
156 trennen. Dazu gehört, dass diejenigen, die weder die Voraussetzungen für die
157 Arbeitsmigration noch für einen Asylanspruch in Deutschland erfüllen, ebenfalls
158 zurückgeführt werden.

159 *****

160 **VARIANTE 1**

161 **Unterstützung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS)**

162 Der Neuordnung der europäischen Asylpolitik haben wir Grüne mit Vorbehalten
163 zugestimmt.

164 Idealerweise schafft GEAS das gescheiterte Dublin-System ab und ersetzt es durch
165 ein verbindliches Solidaritäts- und Verteilsystem.

166 In der jetzt vor uns liegenden Umsetzung von GEAS setzen wir uns für ein
167 funktionierendes, menschenwürdiges System ein. Grenzverfahren dürfen nicht dazu
168 führen, dass weitere Lager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die
169 Würde und die Rechte von Schutz-suchenden verletzen. Wir brauchen ein
170 unabhängiges Menschenrechtsmonitoring vor Ort.

171 Zudem dürfen wir nicht zulassen, dass autoritäre Regime wie Belarus und Russland
172 die Notlage von Schutzsuchenden ausnutzen und sie instrumentalisieren, um
173 Spannungen innerhalb der EU zu erzeugen.

174 Wir fordern eine schnelle Umsetzung von GEAS in deutsches Recht.

175 **ODER**

176 **VARIANTE 2**

177 **Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS)**

178 Wir Grüne setzen uns seit Jahren für eine Neuordnung der europäischen
179 Asylpolitik ein. Gemeinsam stehen wir für den Schutz von Menschenrechten, eine
180 rechthebasierte und lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine
181 handlungsfähige Europäische Union, die sich an diesen Werten orientiert. Wir
182 stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts auf Asyl in der
183 EU.

184 Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann
185 es nicht bleiben. Deshalb haben wir rund um die Reform des Gemeinsamen
186 Europäischen Asylsystems (GEAS) lange und hart verhandelt und einige
187 Verbesserungen erreicht, die ohne uns nicht möglich gewesen wären, wie zum
188 Beispiel einen systematischen Zugang zu Rechtsberatung. Außerdem muss es
189 weiterhin eine Verbindung zu einem sicheren Drittstaat geben. Erstmals soll es
190 jetzt in der EU einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus geben und
191 Geflüchtete sollen verbindlicher registriert werden – eine verpflichtende
192 Aufnahme von Geflüchteten und somit ein wirklich solidarisches Verteilsystem
193 kommt jedoch nicht. Auch weitere zentrale Punkte, wie Ausnahmen für Familien mit
194 Kindern in Grenzverfahren, konnten nicht erreicht werden. Zudem kommen mit der
195 GEAS-Reform Verschärfungen der aktuellen Rechtslage, wie eine Verlängerung der
196 Dublinfristen und verpflichtende Rückführungsgrenzverfahren von bis zu 12
197 Wochen. Durch Ausweitung der Drittstaatenregelung kann sich die Situation auch
198 für Menschen mit hohen Anerkennungsquoten verschlechtern.

199 Wir sehen das europapolitische Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht
200 maßgebliche Verbesserungen, für die es keine Mehrheiten gibt. Die beschlossenen
201 Verschärfungen finden wir aus asylpolitischer Sicht jedoch falsch.

202 Trotz allem muss EU-Recht umgesetzt werden und wir treten für eine beschleunigte
203 Umsetzung des GEAS mit Blick auf die tatsächliche Situation und zum Wohle aller
204 Schutzsuchenden ein, denn besonders im Asylbereich droht ohne die Rückkehr zur
205 konsequenten Achtung und Durchsetzung des Rechtsrahmens noch mehr Chaos und
206 Leid.

207 Gemeinsam zollen wir den unterschiedlichen Einschätzungen zu der Reform Respekt
208 und kämpfen in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion,
209 Bundespartei und Regierungsmitgliedern weiterhin mit aller Kraft für eine
210 Verbesserung der Situation für Schutzsuchende um und in Europa.

211 Besonders wichtig ist uns dabei die Einhaltung und Überwachung rechtsstaatlicher
212 Verfahren und der Menschenrechte. Hierfür braucht es ein flächendeckendes und
213 unabhängiges Menschenrechtsmonitoring. Verstöße wie insbesondere Pushbacks und
214 andere Gewalt gegen Schutzsuchende müssen konsequent sanktioniert werden. Auch
215 die Vergabe von EU-Mitteln muss politisch deutlich stärker an die Einhaltung
216 geltenden EU-Rechts gekoppelt werden.

217 *****

218 **Fluchtursachen bekämpfen**

219 Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit mit Schwellenländern, die eine positive
220 demokratische und wirtschaftliche Entwicklung aufweisen und ihre Region
221

stabilisieren und dadurch Fluchtursachen mindern.

222 Der Klimawandel zwingt schon jetzt unzählige Menschen dazu, ihre Heimat zu
223 verlassen. Bündnis 90/Die Grünen setzt sich weiterhin mit aller Kraft für
224 nationale und internationale, kooperative Maßnahmen von Umwelt- und Klimaschutz
225 ein. Wir stehen hinter Außenministerin Annalena Baerbock und unterstützen sie in
226 ihren fortwährenden Bemühungen die Kriegs- und Krisenherde der Welt mit
227 diplomatischen Mitteln zu beenden.

Begründung

Zusammenführung der Anträge A 15 und A 19 und den Initiativanträgen I 1 und I 3

Unterstützer*innen

Bernarda Callens (KV Lichtenfels)